



Grüß Gott liebe Freunde,

am Mittwoch stellte sich Bundeskanzlerin Merkel erstmalig den Fragen der Bundestagsabgeordneten. Merkel zeigte sich in der Regierungsbefragung bestens vorbereitet. Die Kanzlerin sprach sich zudem für beschleunigte Abschiebungen nach Afghanistan aus.

Letzte Woche debattierte das Parlament zudem über den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge. Der Gesetzentwurf trägt klar unsere christsoziale Handschrift und schränkt die Zuwanderung nachhaltig ein.

Um den Verbraucherschutz zu stärken und zu vereinfachen, haben CDU/CSU und SPD am Freitag einen Gesetzentwurf zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage eingebracht. Dieser stärkt die Rechte der Verbraucher, ohne den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden.

In seinem Gastbeitrag berichtet Verteidigungsstaatsekretär Thomas Silberhorn (CSU) über seine Libanonreise und die UN-Mission UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon), an der auch deutsche Kräfte beteiligt sind.

In einem Interview mit dem Münchner Merkur fordert Alexander Dobrindt erneut eine Zurückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze. Zudem spricht sich der Vorsitzende der CSU im Bundestag für eine Mitwirkungspflicht der Flüchtlinge im Widerrufsverfahren aus.



© Florian Obner MdB



Am vergangenen Mittwoch besuchte mich Herr Andreas Mazat vom ifo-Institut in München im Rahmen der Leibniz-Forschung zum Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland.



© Florian Obner MdB

Zudem bekam ich Besuch von Anton Mühlhofer, dem CSU-Ortsvorsitzenden aus Aham. Wir tauschten uns über die Gemeinde- und Ländkreispolitik intensiv aus.





© Florian Obner MdB

Beim Bundesverband Bioenergie sprachen wir über die Zukunft von nachwachsenden Energieträgern. Auf dem Bild von links nach rechts: Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Bareiß MdB, Vorstandsvorsitzender der EEB eG Andreas Engl, Florian Obner MdB und Artur Auernhammer MdB.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB





Regierungsbefragung **Premiere im Bundestag**



© picture alliance / Kay Nietfeld / dpa

Am Mittwoch stellte sich Bundeskanzlerin Merkel erstmalig im Zuge einer Regierungsbefragung den Fragen der Bundestagsabgeordneten. Merkel zeigte sich vor dem vollbesetzten Haus bestens vorbereitet.

G7-Gipfel in Kanada

Zum Auftakt der einstündigen Befragung informierte die Kanzlerin den Bundestag in einem kurzen Bericht über den G7-Gipfel in Kanada. Schwerpunktthemen dort seien unter anderem die Bildung vor allem von Mädchen und Frauen, künstliche Intelligenz sowie nachhaltiges Wachstum. Auch der Klimaschutz steht in La Malbaie auf der Tagesordnung. Deutschland werde darauf achten, dass frühere Vereinbarungen zum Thema Klima und Handel eingehalten werden, betonte Merkel. Die Kanzlerin ging auch auf das angespannte Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ein. Angesichts der Strafzölle und des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen sowie aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran bestehe aktuell ein deutlicher Dissens zwischen Berlin und Washington. Die Kanzlerin kündigte an, die strittigen Punkte auch am Rande des G7-Gipfels anzusprechen.

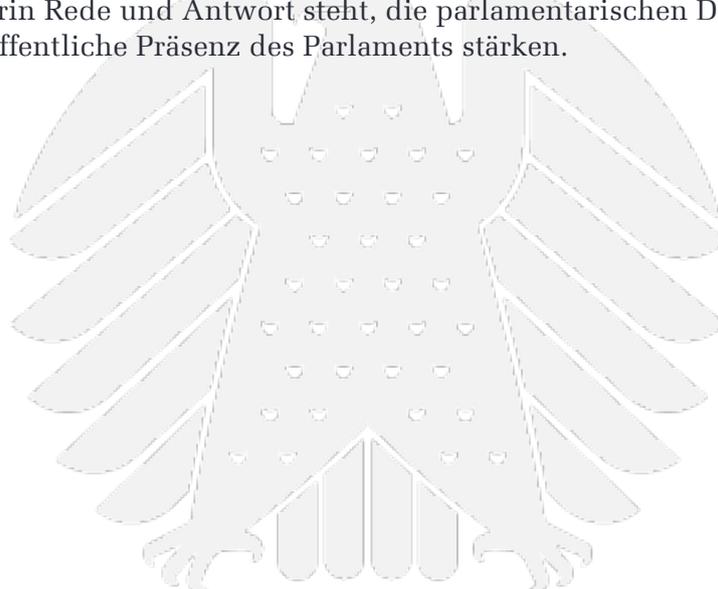
Abschiebungen nach Afghanistan wieder möglich



Nach den Ausführungen der Kanzlerin stand es den Abgeordneten frei, ihre Fragen an die Kanzlerin zu richten. Merkel beantwortete konzentriert die einzelnen Fragen der Abgeordneten. Die wohl wichtigste Frage stellte Andrea Lindholz (CSU), Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat. Lindholz interessierte sich dafür, ob die Situation in Afghanistan in der Kabinettsitzung am Mittwochmorgen eine Rolle gespielt habe und ob über künftige Abschiebungen nach Afghanistan gesprochen wurde. Die Antwort fiel klar aus: „Aus unserer Sicht sind die Einschränkungen entfallen“. Wegen des Berichts des Auswärtigen Amtes sei die Regierung überzeugt, dass die bisherigen Beschränkungen für die Rückführung nicht mehr gelten müssen. Zudem sei die deutsche Botschaft in Kabul nach dem schweren Anschlag vom vergangenen Jahr wieder arbeitsfähig, erklärte Merkel. Bislang gab es einen teilweisen Abschiebestopp nach Afghanistan. Nur Gefährder und Verbrecher wurden in ihr Heimatland abgeschoben. Alexander Dobrindt (CSU) hatte sich bereits am Dienstag ebenfalls für die Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Afghanistan ausgesprochen.

Heimspiel für die Kanzlerin

Die kritischen und auch forschenden Fragen der Opposition parierte die Kanzlerin souverän. Als Bundestagspräsident Schäuble nach gut 60 Minuten die Regierungsbefragung beendete, sagt die Kanzlerin gewitzt: „So schade wie es ist, es ist halt zu Ende. Ich komm ja wieder.“ Langfristig soll dieses neue Format der Regierungsbefragung, bei dem auch die Bundeskanzlerin Rede und Antwort steht, die parlamentarischen Debattenkultur beleben und die öffentliche Präsenz des Parlaments stärken.





Familiennachzug

Anspruch auf Familiennachzug abgeschafft



© picture alliance / dpa

Der Bundestag debattierte am Donnerstag über den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge. Der Gesetzentwurf trägt klar eine christsoziale Handschrift und schränkt die Zuwanderung nachhaltig ein.

Seehofer stellt neues Gesetz vor

Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus sollen vom 1. August 2018 an in wenigen humanitären Fällen wieder Familienangehörige zu sich nach Deutschland nachholen können. Die Koalition aus Union und SPD hatte 2016 angesichts extrem hoher Asylzahlen beschlossen, dass subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre keine Angehörigen nachholen dürfen, um einen weiteren Ansturm zu verhindern. Subsidiär Schutzberechtigte sind Personen, die einen eingeschränkten Schutzstatus und in der Regel nur ein befristetes Bleiberecht haben. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte in seiner Rede am Donnerstagmorgen, es gehe um einen Personenkreis von rund 265.000 Menschen, die von der neuen Regelung profitieren könnten. Die Deckelung von 1.000 Personen monatlich sei sinnvoll und notwendig angesichts der begrenzten Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Daher stelle der Gesetzentwurf eine sehr gute Lösung hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit, der humanitären Verpflichtungen und



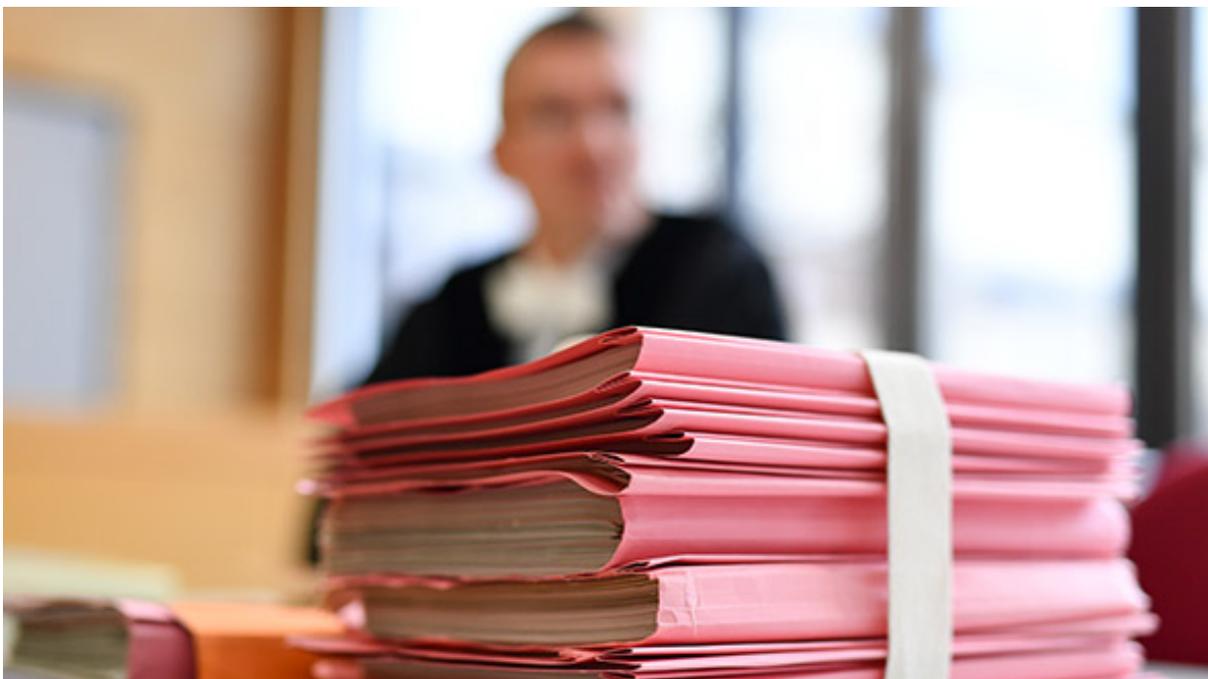
der Interessen der Schutzbedürftigen dar. Um einem Missbrauch vorzubeugen, gebe es Regelungen, um den Nachzug von Gefährdern und Straftätern zu unterbinden. Gleichzeitig wolle man Anreize verhindern, dass Minderjährige von ihren Eltern nach Deutschland geschickt werden, um später ihre Familien nachzuholen. Seehofer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für härtere Strafen für Schlepper aus.

Die CSU im Bundestag setzt sich mit ihrem klarem Kurs durch

Kritik an der zukünftigen Regelung kam von Seiten der Linken, den Grünen und vom Anwaltsverein. Es bleibt jedoch dabei: Dieses Gesetz ist ein Meilenstein für weniger Zuwanderung und mehr kulturelle Stabilität in Deutschland. Dem Plan der SPD, auch Gefährdern den Familiennachzug zu ermöglichen, hatte die CSU von Beginn an eine klare Absage erteilt. Schlussendlich mussten die Genossen nachgeben. Gefährder werden somit zukünftig vom Familiennachzug ausgeschlossen.

Musterfeststellungsklage

Musterfeststellungsklage einführen



© picture alliance / Uwe Anspach / dpa

Um den Verbraucherschutz zu stärken und zu vereinfachen, haben CDU/CSU und SPD einen Gesetzentwurf zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage eingebracht.



Verbraucherschutz wird gestärkt

Künftig sollen eingetragene Verbraucherschutzverbände die Möglichkeit erhalten, zugunsten von mindestens zehn betroffenen Verbrauchern feststellen zu lassen, ob zentrale Voraussetzungen vorliegen, die einen Anspruch begründen oder ausschließen. Die Musterfeststellungsklage soll ausschließlich zwischen dem klagenden Verbraucherschutzverband und der beklagten Partei geführt werden. Die betroffenen Verbraucher sollen jedoch die Möglichkeit erhalten, ihre Ansprüche zu einem Klageregister anzumelden, was die Verjährung hemmt und nicht mit einem Anwaltszwang verbunden ist. Außerdem soll ein Musterfeststellungsurteil Bindungswirkung für nachfolgende Klagen entfalten. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit einer einvernehmlichen Regelung aufgrund einer erfolgreichen Musterentscheidung, vor allem als Grundlage für eine außergerichtliche Streitschlichtung. Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage soll eine zügige und kostengünstige Durchsetzung von Ansprüchen, die einer Vielzahl von Personen zustehen, ermöglicht werden. Gleichzeitig soll dadurch einer missbräuchlichen Rechtsverfolgung vorgebeugt werden.

Klageindustrie wird verhindert und Mittelstand geschützt

Die CSU im Bundestag hat im Vorfeld des Gesetzentwurfes mäßigend auf die Sozialdemokraten einwirkt. Volker Ullrich, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen, Recht und Verbraucherschutz der CSU im Bundestag erklärte dazu: „Der vorgelegte Gesetzentwurf trägt den berechtigten Interessen der Verbraucher Rechnung ohne den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden.“ Eine Klageindustrie nach amerikanischem Vorbild konnte durch die CSU somit verhindert werden. Weder profitorientierten Anwaltskanzleien noch seien unseriöse Verbände bei der Musterfeststellungsklage klagebefugt, so Ullrich. Mit dem Gesetzentwurf des SPD-geführten Justizministeriums bestand anfangs die Gefahr einer unverhältnismäßigen Benachteiligung mittelständischer Unternehmen. Ullrich erklärte weiter: "Im parlamentarischen Verfahren möchten wir noch eine Effektivierung des Instanzenzugs erreichen. Die Musterfeststellungsklage soll bei den Oberlandesgerichten mit der Möglichkeit der Revision zum Bundesgerichtshof angesiedelt werden. Mit einem zügigen Musterfeststellungsurteil können die Verbraucher schneller ihre Ansprüche durchsetzen."



Libanonreise

Deutschlands Einsatz im Libanon zahlt sich aus



© picture alliance / AP Photo

Seit 2006 unterstützt die UN-Mission UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) die libanesische Regierung dabei, die Seegrenzen zu sichern und Waffenschmuggel von See zu verhindern. Verteidigungsstaatsekretär Thomas Silberhorn (CSU) hat den Libanon besucht und schildert seine Eindrücke.

Der Krieg in Syrien und die Spannungen im Nahen Osten prägen die Sicherheitslage im Libanon. Das Land hat über eine Million Flüchtlinge aufgenommen; gemessen an sechs Millionen Einwohnern ist das Weltrekord. Staatliche Institutionen, Schulen, Krankenhäuser und die regionale Wirtschaft geraten an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die Bundesregierung leistet konkrete Unterstützung für den Libanon: Die Entwicklungspolitik schafft Perspektiven für Flüchtlinge wie Einheimische. Die Bundeswehr leistet zusammen mit 40 Nationen einen Beitrag zur regionalen Sicherheit im Rahmen der UN-Friedensmission UNIFIL. Ministerpräsident Hariri, Verteidigungsminister Sarraf und Vertreter der libanesischen Streitkräfte haben sich bei meiner Einsatzreise in den Libanon ausdrücklich dafür bedankt.

Angesichts des stärker werdenden Einflusses der Hisbollah steht das Land weiterhin vor großen Herausforderungen. Aber es gibt durchaus positive Entwicklungen: Erstmals seit 2009 haben die Bürger des Libanon am 6. Mai 2018 wieder ein neues Parlament gewählt,



und diese Wahlen wurden von der Europäischen Union als frei und fair eingestuft. Das ist ein Erfolg für den Libanon, der auch der Arbeit von UNIFIL zu verdanken ist. Deutschland wird sich weiter für die Stabilität, Unabhängigkeit und Sicherheit des Libanon engagieren. Warum das im deutschen Interesse liegt, wurde bei meiner Fahrt mit der deutschen Korvette „Magdeburg“ von Beirut nach Limassol spürbar. Wer die Außengrenzen der Europäischen Union im Mittelmeer schützen will, der muss sich auch auf der gegenüberliegenden Küstenseite engagieren.

Die Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten an der Marinekomponente von UNIFIL ist ein wesentliches Element unseres Engagements und Ausdruck unserer Verantwortung in dieser fragilen Region. Mit einer Korvette und mit Personal sowohl im Hauptquartier der Mission als auch auf Zypern erbringt die Bundeswehr eine hoch anerkannte Leistung. Darüber hinaus tragen wir bilateral zur Ertüchtigung und Ausbildung der libanesischen Marine bei. Ziel ist es, den Libanon bei der Überwachung der Seegrenzen zu unterstützen und den Aufbau der libanesischen Marine zu befördern, damit sie selbst den Schutz der eigenen Seegrenzen dauerhaft in eigener Verantwortung gewährleisten kann.

Mit dem Boot „Tabarja“, das die Bundeswehr zur Verfügung gestellt und in Kooperation mit dem Libanon instandgesetzt hat, ist ein vielversprechender Anfang gemacht. Denn auch die Besatzung des Bootes haben wir, zum Teil in Deutschland, ausgebildet. Bei meinem Besuch konnte ich mich davon überzeugen, dass Boot und Besatzung jetzt einsatzfähig sind und bereits selbstständig in libanesischen Hoheitsgewässern patrouillieren. Ein sichtbar positives Ergebnis unseres Engagements! An Bord habe ich sehr offene und informative Gespräche mit unseren Soldatinnen und Soldaten geführt, die mir ein umfassendes Lagebild über diesen Einsatz, aber auch ganz persönliche Einschätzungen vermittelt und mir gezeigt haben, welche Herausforderungen sie in ihrem täglichen Dienst meistern müssen. Sie alle verdienen öffentliche Anerkennung und die Unterstützung unserer Gesellschaft und des Deutschen Bundestages für ihre herausragenden Leistungen. Ich sage unseren Soldatinnen und Soldaten daher auch auf diesem Wege herzlichen Dank für ihr großes Engagement und wünsche ihnen allzeit gute Fahrt und eine sichere Heimkehr!



Interview Münchner Merkur

Dobrindt: „Wir wollen das Asylsystem wieder vom Kopf auf die Füße stellen“



© picture alliance / Revierfoto / dpa

In einem Interview mit dem Münchner Merkur fordert Alexander Dobrindt erneut eine Zurückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze. Zudem spricht sich der Vorsitzende der CSU im Bundestag für eine härtere Gangart gegenüber unkooperativen Asylsuchenden aus.

Die CSU verschärft den Kurs. Abweisungen an der Grenze – ist das bereits ein konkreter Plan oder noch eine leere Drohung?

Wir wollen das Asylsystem wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Das Kernelement ist dabei der Masterplan für Abschiebungen, den Horst Seehofer nächste Woche vorlegen wird. Dazu gehört eine Reihe von Maßnahmen, unter anderem die Zurückweisung an der Grenze. Wer bereits in einem anderen EU-Land als Asylbewerber registriert worden ist, muss dort das Verfahren durchlaufen. Mit der europäischen Fingerabdruck-Datei lässt sich das ermitteln.

Dann schieben Sie das Problem vor allem Griechenland und Italien zu.

Nein. Europa ist an vielen Außengrenzen zu betreten, Fluchtrouten wandeln sich ständig. Mir geht es darum, dass wir das geltende europäische Recht anwenden: In den Ländern,



in denen die Erstaufnahme stattfindet, muss auch das Asylverfahren durchgeführt werden.

Von der Kanzlerin hören wir zu Ihrem Vorstoß exakt: nichts. Verlangen Sie mehr Rückendeckung von Angela Merkel?

Ich habe auf der Basis des jüngsten Afghanistan-Lageberichts gefordert, dass es wieder Rückführungen in dieses Herkunftsland geben muss und der Rückführungsstopp nach Afghanistan aufgehoben wird. Die Kanzlerin hat am Mittwoch im Bundestag verkündet, dass das die gemeinsame Haltung der Bundesregierung ist. Alle weiteren Details der Pläne wird Horst Seehofer nächste Woche vorstellen. Ich gehe davon aus, dass es dafür aus der Unionsfraktion uneingeschränkte Unterstützung geben wird.

Droht eine neue Eiszeit in der Koalition, wenn CDU oder SPD Seehofers Masterplan verdammen?

Wir haben dazu klare Vereinbarungen im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Ich erwarte, dass alle drei Parteien zu diesen Vereinbarungen stehen. Die Umsetzung des Masterplans ist notwendig, damit sich ein Jahr wie 2015 nicht wiederholen kann. Damit diejenigen Menschen, die schutzbedürftig sind, auch Schutz bekommen. Wer hingegen nicht schutzbedürftig ist und kein Bleiberecht hat, muss auch wieder gehen. Nur so stellen wir dauerhaft sicher, dass die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird.

Sie wollen auch den Umgang mit den Flüchtlingen im Land verschärfen.

Ein Teil des Masterplans wird sein, eine Mitwirkungspflicht der Flüchtlinge im Widerrufsverfahren einzuführen. Bisher war es folgenlos, Gesprächstermine zur Überprüfung des Bleiberechts verstreichen zu lassen, Briefe von den Behörden zu ignorieren. Künftig muss gelten: Wer nicht an der Überprüfung seiner Schutzwürdigkeit mitwirkt, bei dem kann aus guten Gründen vermutet werden, dass die Voraussetzungen für einen Widerruf vorliegen und damit die Asylberechtigung entfällt.

Wie radikal baut Seehofer das Migrations-Bundesamt Bamf um?

Horst Seehofer hat angekündigt, dass die Vorkommnisse beim Bamf, von Dysfunktionalität bis hin zu Missbrauch, nur mit einer Neuordnung beseitigt werden können. Diese Neuordnung geht Horst Seehofer an.

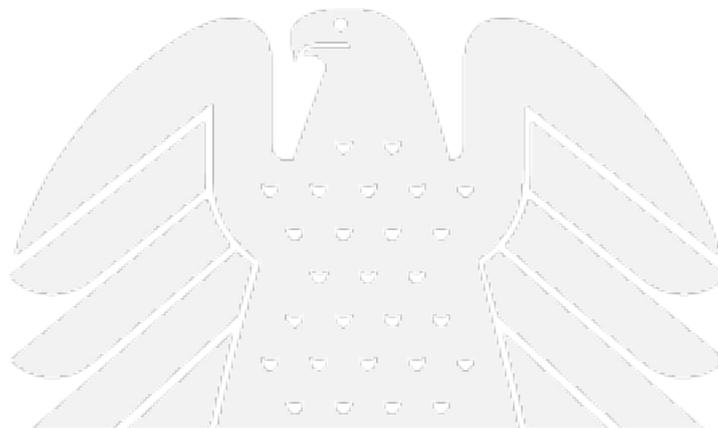
Ein Untersuchungsausschuss steht im Raum. Würden Sie dafür stimmen, auch wenn das für die Herren de Maizière und Altmaier ungemütlich wird?

Beide sind für nächste Woche vor eine Sondersitzung des Innenausschusses des Bundestags geladen. Dieser Ausschuss, geleitet von der CSU-Kollegin Andrea Lindholz, arbeitet sehr effektiv und schnell. Ich schließe aber nicht aus, dass die Vorkommnisse beim Bamf auch zu einem Untersuchungsausschuss führen können.



Ohne Rücksicht auf Unionsfreund und -feind?

Es geht nicht um Freund oder Feind, sondern darum, Fehlentwicklungen im Bamf schnellstmöglich abzustellen und für die Zukunft auszuschließen.



Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 71 999
E-Mail: florian.ossner@bundestag.de
Fax: 030 / 227 76 999